

Der Gemeinderat erspart sich den Turmbau

Göppingen Das Lieblingsprojekt von OB Till ist so gut wie vom Tisch. Doch das Fünf-Millionen-Euro-Loch bleibt. *Von Eberhard Wein*

Wie schade, dass der Bau eines Aussichtsturms auf dem Hohenstaufen ohnehin nicht von der Stadt bezahlt werden müsste. So kann der Göppinger Stadtkämmerer Rudolf Hollnaicher in diesem Bereich gar nicht viel sparen. Denn dass das Lieblingsprojekt des Oberbürgermeisters Guido Till mangels Anhängerschaft keine Realisierungschancen hat, haben die Gemeinderatsfraktionen bei der Einbringung ihrer Haushaltsanträge in selbener Eintracht deutlich gemacht.

Von einem „Wolkenkuckucksheim“ sprach der SPD-Finanzexperte Klaus Wiesenborn und verwies auf die „Beeinträchtigung der Gesamtoptik“. Zudem seien hohe Folgekosten zu befürchten, wenn zusätzliche Parkplätze für Autos und Busse angelegt werden müssten. „Ohne Fußwege wachsen keine Türme in den Himmel“, formulierte der Grünen-Fraktionschef Christoph Weber. Die Idee sei überflüssig, sagte Stefan Horn von der Bürgerallianz (BAG). Es handele sich um „Turmgespinnste“ des OB, sagte Christian Stähle (Linke). Wolfgang Feifel (Freie Wähler) erklärte, dass bei

solchen Projekten eine Bürgerbeteiligung nach Gesetzeslage nicht ausreiche. Und der CDU-Stadtrat Klaus Fischer stellte fest: „Eigentlich sieht man auf dem Hohenstaufen schon alles, was man sehen will.“

Doch weil der Turmbau eben nicht den Stadt-, sondern den Landeshaushalt belastet hätte, ist damit eine Lösung des Göppinger Finanzproblems noch nicht in Sicht.

Der FDP-Haushaltssprecher Klaus Rollmann erinnerte daran, dass die städtische Verschuldung seit dem Amtsantritt des Oberbürgermeisters Till vor sieben Jahren trotz zweier Konsolidierungsrunden um 78 Prozent auf jetzt 50 Millionen Euro gestiegen sei. Im Jahr 2017 soll der Schuldenstand schon 66 Millionen Euro betragen. Gleichzeitig werde die Rücklage von einst 40 Millionen Euro vollständig verzehrt.

Vor diesem Hintergrund sparten sich die Fraktionen allzu kostenintensive Anträge. Noch vor Weihnachten soll der Etat 2012 verabschiedet werden. Im Februar

soll dann die vom OB bereits angeregte neue Konsolidierungsrunde starten. Dabei gilt es, jährlich fünf Millionen Euro in dem 120-Millionen-Euro-Etat einzusparen. Der BAG-Chef Horn hat schon einmal ausgerechnet, was das bedeutet. Der Gemeinderat müsse die Grundsteuer um 40 Punkte (plus 10,8 Prozent) und die Gewerbesteuer um 20 Punkte (plus 5,5 Prozent) erhöhen und gleichzeitig alle freiwilligen Zuschüsse auf die Hälfte kürzen. „Dann fehlen uns nur noch 100 000 Euro, und schon haben wir einen soliden ausgeglichenen Haushalt“, sagte er nicht ohne Sarkasmus.

DIE FRAKTIONEN ERFREUEN GOLFER, ÄRGERN REITER UND WOLLEN GÖPPINGEN HELLER MACHEN

Steuern Während Grüne und Linke wacker Steuererhöhungen fordern, hält die FDP/FW dies für die „unglücklichste Methode“, um den Standort attraktiver zu machen.

„Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem“, finden die Freien Wähler. Alle Investitionen auf den Prüfstand, fordert die Bürgerallianz. Auch die CDU hält nichts von Steuererhöhungen, denkt aber an eine Pferdsteuer. Die SPD verweist auf die Schäden, die die Reiter verursachen.

Vereine Glück für die Golfer: die CDU will ihren Pachtvertrag um zwölf Jahre, die Bürgerallianz sogar unbefristet verlängern. Grüne und CDU wollen günstigere Mietkonditionen für die Stauerfestspiele. Die Grünen fordern überdies die Einführung eines Umweltpreises.

Erleuchtung Dass nachts in Nebenstraßen die Lichter ausgehen, stößt auf Kritik. CDU, Freie Wähler, Linke und Grüne fordern, stattdessen Energiesparlampen einzudrehen.

Stadthalle Nach dem gescheiterten Kauf eines Schlüsselgrundstücks sorgen sich die Fraktionen um die Weiterentwicklung des Stadthallenumsfelds. Grüne, SPD, Freie Wähler und FDP fordern eine Lösung des Parkplatzproblems und eine Öffnung des Stadthallenrestaurants.

Unistadt Im Anbetracht von 1200 Studenten müsse sich Göppingen stärker als Studentenstadt profilieren, fordern SPD, FDP/FW und Freie Wähler. Dabei gehe es auch

um die Wohnraumsituation. Alle Parteien sprechen sich dafür aus, dass sich die Stadt um ein schnelleres Internet für die Bürger bemüht.

Stadtsheriff Umstritten ist die geplante Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes um zwei Stellen. CDU, FDP/FW und teilweise auch die Grünen lehnen sie ab und kritisieren, dass die Bußgelderträge zuletzt zurückgingen. Die Freien Wähler tragen sie mit, sofern auch die Taubenplage bekämpft wird. kew